



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, SPD, FDP, Bündnis 90 /Die Grünen**

zum Antrag der Fraktion der AfD „Justizvollzug den Rücken stärken“, Drucksache 19/962

Personalanwerbestrategie für den Strafvollzug jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Das Justizministerium wird gebeten, über die vom Landtag beschlossene Personalbedarfsanalyse (Drs. 19/315) hinaus die Strategie für die Rekrutierung von Personal für den Strafvollzug in Schleswig-Holstein weiter zu entwickeln und zeitnah umzusetzen. Nur so kann auf den bevorstehenden Fachkräftemangel reagiert werden.

Im Zusammenhang mit der Personalbedarfsanalyse und einer Bewertung der Auswirkungen der Anwerbungsoffensive ist das Strafvollzugsgesetz zu evaluieren.

Begründung:

Der allgemein in Deutschland zu erwartende Fachkräftemangel, der sich zum einen aufgrund des demografischen Wandels und zum anderen durch die besonderen Anforderungen an die Qualifikation und Eignung, die an die Beamten im Strafvollzug gestellt werden, auch in den Strafvollzugsanstalten abzeichnet, macht es erforderlich, umgehend innovative Anwerbestrategien durch die Landesregierung weiter zu entwickeln und umzusetzen.

Um zu ermitteln, inwieweit die Aufgaben im Strafvollzug an den künftig zu erwartenden Personalbestand in den Justizvollzugsanstalten angepasst werden müssen, sind auch die Auswirkungen der Anwerbungsoffensive bei der Evaluierung des Strafvollzugsgesetzes einzubeziehen. Die im Strafvollzugsgesetz festgelegten Aufgaben dürfen das Personal nicht überfordern und müssen sicherstellen, dass

insbesondere der Resozialisierungsauftrag erfüllt werden kann, ohne die Sicherheit in den Strafvollzugsanstalten zu gefährden. Dies sind wir nicht nur den Gefangenen, sondern auch unseren Vollzugsbeamten schuldig.

Claus Christian Claussen
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion

Burkhard Peters
und Fraktion

Kai Dolgner
und Fraktion